

Bunte Mischung



Wer sich über die Strompreiserhöhungen von RWE, Eon und Konsorten ärgert und nicht mehr diese

Konzerne mit ihren Rekordgewinne durch seine Gebühren unterstützen möchte, sollte schleunigst den Anbieter wechseln - nichts ist einfacher als das! Das empfehlen GRÜNE wie die Verbraucherberatung. Es gibt nicht Gutes, außer man tut es!

Auf unserer Mitgliederversammlung haben wir uns mit dem Thema Grundsicherung bzw. bedingungsloses Grundeinkommen beschäftigt. Die Diskussion für und wider diese Modelle gestaltete sich höchst kontrovers. Beide Richtungen fanden Unterstützung. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg werden GRÜNE entscheiden, für welches Modell der sozialstaatlichen Sicherung GRÜNE künftig eintreten. Wir präsentieren die Argumente für die unterschiedlichen Anträge und informieren über aktuelle Entwicklungen am Flughafen Essen-Mülheim und beim A52 Weiterbau. Ich bedauere, dass Werbung und Kommerz künftig so viel Platz einnimmt, dass der Bürgerfunk stark reduziert wird. Darüber und über andere Themen wie Trinkwasser informieren wir sie in dieser Ausgabe unseres Newsletters.

Viel Spaß bei der Lektüre
Doris Eisenmenger

Mobilität in Essen in Zukunft

Welchen Herausforderungen muss sich Essen in der Verkehrs- und Siedlungspolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stellen?



Wie wirkt sich der demografische Wandel auf die Mobilität in Essen aus? Bedeutet der Bevölkerungsrückgang zwangsläufig einen Rückgang der Verkehrsnachfrage oder tragen steigende Pendlerzahlen, steigende Führerscheinquoten und eine Zunahme der jungen Al-

ten in der Altersgruppe der 60- und 75-Jährigen zu wachsender Verkehrsnachfrage bei?

Eine Umweltzone für das gesamte Ruhrgebiet zur Reduzierung der Feinstaubbelastung ist in Planung. Im Jahr 2008 muss Essen einen flächendeckenden Lärminderungsplan erstellen. Ab dem Jahr 2010 zwingt die EU-Gesetzgebung zu Maßnahmen gegen die maßgeblich vom Verkehr ausgehenden Stickoxidbelastungen.

Wie begegnet man am wirksamsten der verkehrsbedingten Feinstaub-, Lärm- und Stickoxidbelastung.

Was muss angesichts des Klimawandels getan werden?

Wie kann der ÖPNV, der Radverkehr und die Bewegung zu Fuß auch angesichts knapper Kassen gefördert werden? Sind vom Nahverkehrsplan, der sich derzeit in der Aufstellung befindet, bedeutsame Impulse zu erwarten?

Es diskutieren:

Prof. Alexander Schmidt, Universität Duisburg/Essen (angefragt)

Helmut Kanand, Leiter Verkehrsmanagement der Essener Verkehrs AG

Lothar Ebberts, Sprecher von Pro Bahn NRW

Rolf Fliß, GRÜNER Bürgermeister der Stadt Essen

Moderation: Nicole Vergin (freie Journalistin)

21. 11. (Mittwoch) 19.00 Uhr

Forum Kunst und Architektur, Kopstadtplatz 12, Innenstadt

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Editorial | 1 |
| Mobilität in Essen in Zukunft | 1 |
| Messeerweiterung und GRUGA | 2 |
| Sauberes Trinkwasser für Essen | 3 |
| Neues zum Flughafen Essen-Mülheim | 4 |
| A 52 –Bau in drei Etappen | 4 |
| A 52 –Bezirksvertretung lehnt GRÜNEN Antrag ab | 5 |
| Sozialstaat: bedarfsorientierte Grundsicherung oder bedingungsloses Grundeinkommen – was wollen GRÜNE? | 6 |
| Jugendparlament – Konzept ohne Zeitdruck klären | 8 |
| Bürgerfunk auf dem Abstellgleis | 9 |
| Getrenntes Gedenken zur Reichspogromnacht | 11 |
| Kai's Brief aus Berlin | 12 |
| Grüne Termine/ Impressum | 13 |

Messeerweiterung/Gruga I Beschluss der GRÜNEN Ratsfraktion

Nach vielen besorgten und sehr kritischen Debatten innerhalb und außerhalb der Presse um die Entwürfe zum Ausbau der Messe - mit einem Eingriff in die Grugaparkfläche auf insgesamt 7.000 – 8.000 qm - hat die Ratsfraktion nach einer Zeit der internen Diskussion in der Fraktion und einem darauf folgenden Austausch mit ihrem Kooperationspartner CDU der Verwaltung in ihrer Fraktionssitzung vor der Sondersitzung des Messeaufsichtsrats folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

- 1) Im weiteren Verfahren soll ebenfalls die Variante der „Qualitätssteigerung im Bestand“ überprüft werden. D. h.: könnte nicht auch ein Um- oder Neubau der fraglichen Messehallen auf ihrer jetzigen Fläche den Bedarf an qualitativ hochwertigem Messeraum befriedigen?
- 2) Es findet keine Vorfestlegung auf einen der vier vorgelegten Entwürfe statt. Stattdessen halten die Fraktionärinnen und Fraktionäre

im weiteren Verlauf der Verhandlungen über neu anzufertigende Entwürfe ein Freiraumkonzept und städtebauliches Konzept für notwendig, dass u. a. die Eingangssituation des Grugaparks ebenso berücksichtigt, wie das im Rat einstimmig beschlossene Grugaparkentwicklungskonzept. Ebenso ist die Situation und sind die bisherigen Investitionen in „Kur vor Ort“ bei der Planung zu berücksichtigen.

- 3) Dabei wird auch festgehalten, dass Eingriffe in den Grugapark auf Grundlage der veröffentlichten Entwürfe mit 7.000 - 8.000 qm indiskutabel sind.

Hiltrud Schmutzler – Jäger
(Fraktionssprecherin)
Rolf Fliß

Aufsichtsratsmitglied der Messe Essen
Julia Kahle- Hausmann
Fraktionsassistentin

Messeerweiterung und GRUGA II

Nach Bekanntgabe der Erweiterungspläne der Messe zu Lasten der Gruga hat es eine Vielzahl von Leserbriefen gegen dieses Ansinnen gegeben. Nach einer frühzeitigen Ablehnung durch die GRÜNEN häuften sich Proteste. Unter anderem hat die zuständige Bezirksvertretung II (Rüttenscheid) sich einstimmig gegen einen weiteren Eingriff in die GRUGA ausgesprochen. „Die Verwaltung solle dafür Sorge tragen, dass der Zugang vom Parkplatz zum Blumenhof nicht wie geplant bebaut werde. So fiel den der von der Ratsfraktion gefasste Beschluss (siehe oben), eine Ausbauvariante für die GRUGA zu erstellen, die für die GRUGA keinen Flächenverluste bringt, auf fruchtbaren Boden. Im Aufsichtsrat wurde beschlossen, neben den vier bereits vorliegenden Ausbauvarianten, die alle zu Lasten der GRUGA gehen

sollten und ca. 7 -8000m² Grugafläche kosten würden, eine zusätzliche Variante zu erstellen. Diese soll als sogenannte Null-Variante eine Messeerweiterung planen, die für die GRUGA keinen Flächenverlust erfordert.

Damit ist Bewegung in die Debatte gekommen. Die Planung läuft nicht mehr eindimensional in Richtung Grugabeschneidung und der Planungsprozess verlängert sich. In der Sache ist der Konflikt damit noch nicht entschieden. Aber es ist deutlich geworden, dass die preiswerte und bequeme Lösung für die Messe, die Erweiterung zu Lasten der GRUGA auf wenig Gegenliebe bei der Bevölkerung stößt. Dem wird man hoffentlich Rechnung tragen- arbeiten wir gemeinsam daran.

Joachim Drell

Trinkwasser: GRÜNE fordern wirksame Aufbereitung



Die Ruhr ist trotz aller Schönheit als Trinkwasserlieferant mit Vorsicht zu genießen.
Foto jod

Das eindeutige Ergebnis einer Veranstaltung der GRÜNEN zur Qualität der Aufbereitung des Ruhrwassers lautete: Die Wasseraufbereitung sowohl in Essen als auch Ruhr aufwärts hinkt weit hinter den technischen Standards anderswo hinterher. Dies war das jeweilige Fazit der ReferentInnen Bärbel Höhn (MdB), Johannes Rimmel (MdL) und Dr. Harald Friedrich. „Für GRÜNE ist aus gesundheitlichen Gründen eine wirksamere Ausfilterung von Schadstoffen wie PFT, Röntgenkontrastmittel, Psychopharmaka und anderen Medikamentenrückständen geboten“, so Vorstandssprecher Heribert Rüsing. „Dies wäre mit seit langem bekannten technischen Verfahren möglich. Die Filterung in Essen (Ausnahme Kett-

wig) und Ruhr aufwärts allein durch Sand und Kies, denen gelegentlich Aktivkohle beigemischt wird, ist unzureichend. Leider ist es nur ein schönes Märchen, dass das Essener Wasser eine gute Qualität habe“. GRÜNE und Vertreterinnen von Umweltverbänden, die auf der Veranstaltung anwesend waren, sprachen sich dafür aus, gemeinsam stärkeren Druck auf die Stadtwerke auszuüben, um die erforderlichen Investitionen für Nachrüstungen zu erreichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass wir in Essen schlechteres Wasser trinken müssen, als in Mülheim oder Düsseldorf.

Wir werden in unserer nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Joachim Drell

GRÜNE

EMPFEHLEN

Stromanbieter wechseln – Ökostrom beziehen!

Anbieter u. a. unter www.atomausstieg-selbermachen.de

Wie wechsle ich meinen Stromanbieter?

1. Füllen Sie den Vertrag mit Ihrem neuen Ökostromanbieter unter Angabe Ihrer Zählernummer aus..
2. Unterschreiben Sie und schicken Sie den Vertrag ab.
3. Ihr neuer Ökostromanbieter erledigt alles Weitere für Sie, insbesondere organisiert er auch die Kündigung gegenüber Ihrem alten Stromlieferanten.
4. Sie werden übergangslos Kunde des von Ihnen ausgewählten Ökostromanbieters - Wechselgebühren entstehen

Nur 10 Prozent? Darf's ein bisschen mehr sein?

"Angesichts der von den Lokführern geforderten Lohnsteigerung von 30 Prozent sind die u. a. von E.ON geforderten Preiserhöhungen von zehn Prozent geradezu bescheiden! Tatsächlich ist es unanständig, die Erneuerbaren Energien für die Strompreiserhöhungen um zehn Prozent verantwortlich zu machen. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Strompreis macht höchstens drei – vier Prozent aus. Die Konzerne nutzen ihre Marktmacht gnadenlos aus, um immer neue Rekordgewinne zu erzielen. Die Ankündigung von Energieministerin Thoben, die Preiserhöhungen kartellrechtlich zu überprüfen, wirkt da nur hilflos. Ähnliche Ankündigungen blieben in der Vergangenheit folgenlos, weil das Kartellamt die Preisgestaltung der Stromproduzenten - das sind RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW - nicht überprüfen kann. Auf Dauer hilft nur echter Wettbewerb. Den kann es aber nur geben mit Stromnetzen, die von den Konzernen unabhängig sind. Zu dieser Entflechtung der Stromkonzerne hat die EU-Kommission gute Vorschläge unterbreitet, deren Umsetzung so schnell wie möglich angegangen werden muss. Hierfür sollte die Energieministerin sich engagieren“

Reiner Priggen, MdL

Salamitaktik zur Durchsetzung von Düsenflugbetrieb am Flughafen Essen/Mülheim

Im April diesen Jahres hat die Bezirksregierung Düsseldorf der Charterfirma VHM am Flughafen Essen/Mülheim die Stationierung und den Betrieb eines Düsenjets für ein ganzes Jahr genehmigt. Die Genehmigung erlaubt maximal vier Flugbewegungen täglich. Sie stützt sich auf § 25 Absatz 1 Luftverkehrsgesetz, wonach Flugzeuge außerhalb der für sie genehmigten Flugplätze nur starten und landen dürfen, wenn der Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigte zugestimmt hat und die Luftfahrtbehörde eine Erlaubnis erteilt hat. Die Betriebsgenehmigung des Flughafens Essen/Mülheim sieht den Betrieb von Düsenflugzeugen – abgesehen von medizinischen Flügen in Ausnahmefällen – nicht vor. In der Vergangenheit wurden Ausnahmegenehmigungen für Düsenflüge am Flughafen Essen/Mülheim lediglich auf einzelne Flüge bezogen erteilt. Insofern hat die pauschale Genehmigung von täglich vier Düsenflügen für den Zeitraum von einem Jahr eine neue Qualität. Es soll damit offensichtlich die Pflicht umgangen werden, eine reguläre Änderung der Flugplatzgenehmigung nach § 6 Luftverkehrsgesetz durchzuführen. Hierfür müsste allerdings eine Zustimmung aller drei Gesellschafter (Stadt Essen, Stadt Mülheim/Ruhr und Land NRW) vorliegen und die Öffentlichkeit beteiligt werden. Die schwarz-GRÜNE Koalition in Essen hat allerdings deutlich gemacht, dass mit ihr eine Änderung der Betriebsgenehmigung zugunsten von Düsenflugbetrieb nicht zu machen ist.

Insbesondere in Mülheim hat die Düsenjetgenehmigung zugunsten der Firma VHM für großen politischen Wirbel gesorgt. Gegenüber der Presse verwickelten sich die Aufsichtsratsvorsitzende des Flughafens und Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) sowie der Flughafengesellschaftsführer Reiner Eismann in Widersprüche. Zunächst äußerte Eismann, die Flughafengesellschaft selbst habe keine Kenntnis von der Stationierung des VHM-Düsenjet oder der Erlaubnis der Bezirksregierung gehabt. *"Wir haben von beidem erst im Nachhinein erfahren"*, wird Eismann von der NRZ zitiert. Laut WAZ hat auch die Oberbürgermeisterin nichts von einer solchen Genehmigung gewusst. Dies sei auch kein Thema im Aufsichtsrat gewesen. Später äußerte Eismann, er habe dem Ansinnen der Charterfirma zum Betrieb eines kleinen Düsenflugzeugs am Flughafen bereits im Februar 2007 zugestimmt. Um hier Licht ins Dunkel zu bringen, hat der verkehrspolitische Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, Horst Becker, Akteneinsicht bei der Bezirksregierung zu diesem Vorgang beantragt. Ich habe als sein Mitarbeiter diese Akteneinsicht am 17. Oktober vorgenommen. Dabei konnte ich mich davon überzeugen, dass Herr Eismann tatsächlich im Februar sein Einverständnis zum Jet-Betrieb der Fa. VHM erteilt hat.

Allerdings hätte nach Auffassung der GRÜNEN in einer solchen wesentlichen Frage die Zustimmung der Gesellschafterver-

A 52 in 3 Teilstücken Bottroper Ausbau zuerst?

Die Planfeststellung für das Teilstück zwischen A 42 und A 2 für die neue A 52 – also der Ausbau der B 224 in Bottrop – soll 2008 als erstes erfolgen. Dies stellte sich auf einer Bürgerversammlung mit Ratsausschüssen und Straßen NRW am 9. 10. heraus. In Essen ist die Planfeststellung dagegen von 2008 auf 2009 verschoben worden. Ursprünglich war der Weiterbau der A 52 in zwei Teilstücken vorgesehen gewesen: das in Essen zwischen A 40 und A 42 und der Ausbau der B 224 über Bottrop und Gladbeck bis Gelsenkirchen-Buer. Weil es in Gladbeck für Straßen NRW und Verkehrsminister Wittke Probleme gibt, geht der Landesbetrieb Straßen NRW Schwierigkeiten aus dem Weg.

Mit dem Bau dieses mittleren Teilstücks würde der Druck sowohl auf Gladbeck als auch auf Essen wachsen, die anderen Teilstücke zur vollständigen Durchstreckung der A 52 ebenfalls zu bauen. In Gladbeck will sich niemand mit der Planung von Straßen NRW anfreunden, die A 52 auf der Trasse der B224 oberirdisch auszubauen. Die Ratsmehrheit favorisiert eine Umgehungsstrecke durch die Heege. Diese Lösung stößt aber im davon mit betroffenen Gelsenkirchen auf einhellige Ablehnung. Die GRÜNEN in Gladbeck wollen hingegen einen Tunnel auf Gladbecker Stadtgebiet, den aber weder Bund noch Land finanzieren wollen.

Die Bürgerinitiative in Essen befürchtet zu Recht, dass mit dem Bau eines weiteren Teilstücks der A52 alle weiteren folgen würden, und setzt sich deshalb nach wie vor dafür ein, den Autobahnbau insgesamt zu verhindern. Der Ausbau der A 52 würde zu einer neuen Transitautobahn durch das mittlere Ruhrgebiet führen. Deshalb ist man in Essen auch erfreut darüber, dass sich in Bottrop eine starke Bürgerinitiative gegen die Autobahn gegründet hat, mit der man eine gute Zusammenarbeit pflegt.

J.Drell

sammlung des Flughafens eingeholt werden müssen. Denn eine Dauererlaubnis für die Firma VHM bedeutet den schleichenden Einstieg in den regelmäßigen Geschäftsflug mit Düsenmaschinen. CDU und GRÜNE haben deshalb eine Sondersitzung dieses Gremiums gefordert. Inzwischen haben die Schutzgemeinschaft Fluglärm Essen/Mülheim und das Netzwerk Mülheimer Bürger gegen Fluglärm angekündigt, auf dem Klageweg eine rechtliche Klärung der Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit der einjährigen Dauer-Ausnahme-genehmigung für die kleine Düse herbeizuführen.

Helmar Pless

Bezirksvertretung sollte sich gegen die A 52 aussprechen

DIE GRÜNEN in der BV Altenessen/Karnap hatten im Interesse zahlreicher negativ von dieser Baumaßnahme Betroffener beantragt, dass sich die Bezirksvertretung gegen den Weiterbau der A 52 ausspricht. Zur letzten Sitzung am 23.10. haben sie deshalb eine Stellungnahme zu den im RFP (Regionaler Flächenutzungsplan) eingereicht.

Der Weiterbau der Autobahn A 52 würde für Altenessen, Vogelheim und Karnap erhebliche Zusatzverkehre von LKW und PKW bedeuten. Insbesondere Schwerlastverkehre, die bisher Autobahntrassen westlich wie östlich von Essen nutzen, würden regelrecht in unser Stadtgebiet gezogen. Nach aktuellen Verkehrsberechnungen würde die Nordverlängerung der A 52 täglich mit rund 100000 Fahrzeuge zusätzlich mit Lärm; Feinstaub und Abgasen die Stadtteile belasten.

Man sollte stattdessen gerade im Güterverkehr Möglichkeiten ausweisen, wie mit weniger umweltbelastenden Verkehrsträgern – insbesondere der Bahn, die Nord-Süd-Verkehre im Ruhrgebiet zu verbessern sind“, fordert Walter Wandtke, GRÜNER Bezirksvertreter.

Die sechsspurige Autobahn A 52 würde entlang der Trasse verschiedene soziale, wirtschaftliche und natürlich auch umweltrelevante Abwärtsentwicklungen mit sich bringen. Grundstücksentwertung und Bevölkerungsabwanderung verbunden mit Leerstand entlang der Trasse sind zu befürchten.

Zusätzlich besonders kritisch und klimapolitisch negativ: Eine A 52, die den Helenenpark durchschneiden soll, ließe weder von der jetzigen siedlungsnahen Erholungsfunktion, noch von der Frischluftschneise für die Innenstadt Nennenswertes übrig.

GRÜNE hofften mit ihrem Antrag vergebens auf die Unterstützung der Bezirksvertreter der SPD, die sich vorher auf einer Veranstaltung des SPD Ortsvereins Altenessen gegen die A 52 ausgesprochen hatte. Bei der Nagelprobe versagte die SPD. Ihr Fraktionsvorsitzender Karlheinz Endruschat nahm zu fadenscheinigen Argumenten Zuflucht und sprach vom GRÜNEN Fundamentalismus in Sachen A 52 und Autobahnbau um die Ablehnung der SPD mit ei-



nem Hauch von Begründung zu versehen. Wenn es wirklich daran gelegen hätte, hätte die SPD ja einen eigenen Antrag gegen die A 52 einbringen können, ohne den angeblichen GRÜNEN Fundamentalismus. Das hat sie aber wohlweislich nicht getan. Traurig aber unzuverlässig wie immer diese SPD, auch mit dem Nowack-Getreuen Karlheinz Endruschat an der Spitze! Lediglich die Bürgerliste, die sich bisher ebenfalls gegen die A 52 ausgesprochen hat, stimmte für den GRÜNEN Antrag, der somit abgelehnt wurde.

J. Drell

Wie soll unser Sozialstaat der Zukunft aussehen?

Auf unserer Mitglieder- versammlung standen dabei ebenso wie bundesweit bei den GRÜNEN zwei Modelle zur Diskussion: die bedarfsorientierte Grundsicherung oder das bedingungslose Grundeinkommen. Die bedarfsorientierte Grundsicherung kann eher als Weiterentwicklung von Hartz IV durch bessere Ausstattung hin zu einer tatsächlichen Grundsicherung verstanden werden – knüpft also an das bestehende System an. Das Sympathische und die Probleme am Modell des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) liegen darin, das es einen Systembruch bedeutet. An Stelle aller bisherigen staatlichen Transferleistungen inklusive der staatlichen Rentenversicherung soll eine Mindestversorgung aller unabhängig vom Einkommen treten.

Wir können hier nur grob die Unterschiede skizzieren und nicht auf differenzierte Modelle eingehen. Wichtige Argumente sind in den beiden folgenden gekürzten Texten enthalten, die für unsere Diskussion erstellt worden sind.

A) Für eine bedarfsorientierte Grundsicherung

Bei der Frage nach dem Sozialstaat der Zukunft steht die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ganz vorne an. Die Idee, die

dahinter steckt, besagt, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner Bedürftigkeit ein Grundeinkommen erhalten soll. Dafür würden alle anderen sozialen Transfers gestrichen. Einkommen ist heute Grundvoraussetzung dafür, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Außerdem, so heißt es weiter, darf der Faktor Arbeit nicht einziges Kriterium dafür sein, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können bzw. Anerkennung zu finden. Aus dieser Perspektive erscheint diese Überlegung als charmant. Leider gehen diese Systems- und Gesellschaftsfragen an den Problemen der Menschen vorbei. Zu unausgereift erscheinen da die möglichen Grundeinkommensmodelle. Sie haben teilweise ein völlig verschiedenes Gesellschaftsbild vor Augen. Nicht umsonst sprechen die Befürworter von einer Vision. Das BGE ist auf absehbare Zeit nicht zu machen! GRÜNE sollten den Menschen keinen Sand in die Augen streuen, sondern Antworten auf die Probleme unserer Zeit geben, die einen praktischen Lebensbezug haben und sich an den akuten Problemen der Menschen heute orientieren: Erhöhung der Hartz IV Regelsätze, Kindergrundsicherung usw. Wir brauchen weder einen Systemwechsel noch können wir davon ausgehen, dass die Men-



schen wirklich ein Modell als gerecht empfinden, das das Prinzip der Solidargesellschaft aufhebt, weil das Geld an jede und jeden ausgezahlt werden soll, um Menschen vom Zwang zur Arbeit zu befreien. Das ist eine Stilllegungsprämie für alle Marginalisierten. Eine Verknüpfung von Geldvergabe und gesellschaftlicher Tätigkeit ist unerlässlich!

Die Alternative zum (BGE):

Natürlich meine ich nicht, dass es im heutigen Sozialstaat gerecht zugeht. Allerdings bietet das BGE keine Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, dass der Sozialstaat sich immer weiter aus der Verantwortung stiehlt. Neben den Geldleistungen müssen die sozialen Dienstleistungen und die Erhaltung sozialer Infrastruktur im Mittelpunkt stehen. Genau an diesen Punkt setzen die Kritiker des BGE an. Anstatt Milliarden Euro zu verteilen, die nicht zweckgebunden sind, sollten wir die Gelder für die Modernisierung der

sozialstaatlichen Infrastruktur nutzen. Ich spreche damit die Krippen, Kindergärten, Schulen und Hochschulen der Republik an, weil die schlechte Ausstattung dieser Einrichtungen ebenso zur Verarmung der Bevölkerung führt. Der Abbau sozialer Infrastruktur muss ein Ende haben. Hier ist das ganze Geld sinnvoller angebracht! Natürlich gilt es, neben der sozialstaatlichen Infrastruktur eine angemessene Grundsicherung zu garantieren. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, in Krisenfällen nicht alleine gelassen zu werden. Das soll so bleiben. Wir sollten entschieden gegen Pläne anderer Parteien vorgehen, die Sozialkürzungen oder Repressionen gegenüber Bedürftigen fordern. Wir brauchen vor allem eine lebenswürdige bedarfsorientierte Grundsicherung. Keine willkürlichen Zahlen, sondern die Empfehlungen der Wohlfahrtsverbände sollten im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, wenn es um die Festsetzung der Regelsätze geht.

Arbeit und Eigenverantwortlichkeit fördern

GRÜNE haben in der Vergangenheit über Konzepte diskutiert, wie man Arbeit und Eigenverantwortlichkeit stärken kann. Wir schlagen vor, dass die Menschen einen Betrag von 3000€ steuerfrei jedes Jahr für die Altersvorsorge bereithalten sollen. Außerdem gibt es das Progressivmodell. Wir fordern, dass es gestaffelte Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge) abhängig vom Einkommen geben soll, damit auch Geringqualifizierte eine Möglichkeit haben für ihren Lebensunterhalt wieder selbst zu sorgen. ...

Fazit: Es gibt sehr wohl Alternativen zum BGE. Ich sehe jedoch keinerlei Möglichkeit, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen realisiert werden sollte. So verführerisch dieses Konzept sich auch anhören mag, es ist schlichtweg unreal. Ich plädiere ausdrücklich dafür, sich dagegen auszusprechen.

Matthias Friedrich

B) Für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Grundeinkommen ist ein

* allen Menschen individuell zustehendes und garantiertes,

* in existenzsichernder Höhe (Armut verhindernd, gesellschaftliche Teilnahme ermöglichend),

* ohne Einkommens-/Vermögensprüfung,

* ohne Arbeitszwang und -verpflichtung bzw. Tätigkeitszwang und -verpflichtung vom Staat ausgezahltes Grundeinkommen.

Weitere Einkommen sind anrechnungsfrei möglich. Alle genannten Kriterien kennzeichnen das Grundeinkommen als ein bedingungsloses. Dadurch unterscheidet sich ein Grundeinkommen von einer Grund- oder Mindestsicherung. Ein Grundeinkommen ist kein sozialpolitisches Projekt, welches versucht, Marktdefekte zu reparieren. Es ist ein Projekt für mehr Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.

Mit der vorgeblichen Begründung „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ wird unbeirrt (und unbeirrbar) an einem Bild vom Menschen als einem (vernunftbegabten) Nutztier festgehalten, das seine Existenz in erster Linie durch Erbringung von „größtmöglichem“ Nutzen rechtfertigen müsse. Hat es unsere Gesellschaft nötig, auch nur einen einzigen Bürger durch das soziale Netz fallen zu lassen? Die Produktivität steigt ständig, nur nehmen wir das schon nicht mehr wahr. Durch unser System der mit hohen Steuern und Abgaben belegten Erwerbsarbeit wird den Unternehmen die Arbeit zu teuer. Auch deshalb rationalisieren sie, verlagern dabei Arbeitsplätze ins Ausland. Doch erhalten auch Erwerbslose ein Einkommen – finanziert durch Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten. Alle

verlieren dabei – Einkommen und soziale Basisleistungen werden für den Einzelnen immer kleiner. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, bei dem die heute bestehenden sozialen Transfersysteme zusammengelegt werden, kann das ändern. Dann kann jeder, frei von grundlegenden Existenzsorgen als freier Bürger tätig werden und die Arbeit erledigen, die ihm zugleich sinnvoll erscheint. Arbeit als ein Füreinander-Leisten in sozialer Sicherheit, in Würde und nach eigener Wahl. Automation wird segensreich, denn durch den Wegfall von Arbeiten, die auch programmierbare Automaten leisten können, entsteht keine neue Arbeitslosigkeit. Es geht jedoch nicht nur um den Inhalt der konkreten Arbeit, es geht auch um den herkömmlichen Sozialstaat als Regulationsmodell; um einen Sozialstaat, der reglementiert und drangsaliiert, der Menschen und seine familiäre Umgebung überprüft. Es geht um ein System das Frauen, Kranke, Unangepasste ausgrenzt, oder an einen männlichen Ernährer koppelt.

Das Grundeinkommen hat einen hohen emanzipatorischen Faktor, denn es wäre das erste Mal, dass Frauen in Bezug auf Männer gleichwertig bezahlt und behandelt werden.

Die heutigen so genannten 1. Welt - Gesellschaften sind hochproduktive Gesellschaften. Das Ar-

beitsangebot stößt an die Grenzen der profitablen Nutzbarkeit. Daran ändern auch nationale demographische Entwicklungen nichts. Massenarbeitslosigkeit, Abbau traditioneller Sozialstaatsleistungen und Working Poor (Niedrigstlöhne) verstärken die Spaltung der Gesellschaft, Armut und Ausgrenzung. Eine ausreichende und kontinuierliche Einkommenssicherung über die Arbeit wird immer schwieriger zu realisieren. Dem Menschen eine Sicherheit zu geben, dass dieser nach Jahren der Arbeit nicht plötzlich als Sozialfall dasteht, der sich bis auf die Unterhose offenbaren muss, das ist das Ziel des Grundeinkommens.

Steffi Hansmeier-Maas

Weitere Informationen zu dieser Kontroverse: Unter folgendem Link findet Ihr im Bericht der Kommission des GRÜNEN Bundesverbandes zur "Zukunft sozialer Sicherung":

http://www.gruene-partei.de/cms/files/dok-bin/202/202219.bericht_der_kommission_zukunft_sozialer.pdf



„Jugendparlament: Nicht übereilt vorgehen!“

Zum von der SPD-Fraktion und den Jusos Essen geforderten „Jugendparlament für Essen“ erklärt Pascal Hesse, Vorstandssprecher der Jungen Grünen Essen:

„Die Stadt Essen bietet für Jugendliche zu wenige Möglichkeiten, sich an kommunalen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Daher müssen wir die Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in unserer Stadt überdenken und neu definieren. Die Jungen Grünen Essen begrü-

Ein solches Mammutprojekt, von dem alle jungen Menschen in Essen betroffen sind, darf nicht unüberlegt und Hals über Kopf umgesetzt werden. Wir fordern, dass von Anfang an junge Menschen aller Bezirke und aller Schulformen an der Konzeptionierung und Ausarbeitung eines Jugendparlamentes in Essen beteiligt werden! Die Einbindung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist dabei genau so wichtig wie die Einbindung junger Menschen mit Behinderungen. Für uns als Junge Grüne Essen ist eine quotierte Besetzung des Jugendparlaments besonders wichtig.

Das von Jusos und SPD-Fraktion in den Medien skizzierte Modell, in dem drei Jugendliche aus jedem Stadtbezirk, also 27 für ganz Essen ein Jugendparlament bilden und Anträge und Vorschläge an die Gremien der Stadt stellen

können, **lehne ich ab**.

Dieses Modell geht, für eine Großstadt wie Essen, eindeutig nicht weit genug! Zum einen werden dabei die unterschiedlichen Einwohneranzahlen der Bezirke, und damit die Anzahl der Jugendlichen die dort leben, außer Acht gelassen. Zum anderen wird sich das Interesse der Schülerin oder des Schülers aus Kettwig beim Jugendtreff in Borbeck wohl in Grenzen halten.



Jugendliche müssen die Möglichkeit bekommen, jugendrelevante Prozesse und Entscheidungen in ihren Bezirken **und** auf städtischer Ebene beeinflussen zu können. Die Einrichtung eines Gesamt-Jugendparlamentes in dem die Vertreter aus Bezirks-Jugendparlamenten zusammentreten ist daher die logische Alternative. Die Vergabe von Mitteln aus kommunalen Fördertöpfen, z.B. der Kinder- und Jugendbeauftragten, für Jugendprojekte und Vereine muss von denen ausgehen, bei denen es

auch ankommt – den Jugendlichen selbst.

Essen braucht Jugendbeteiligung auf allen Ebenen! Aus diesem Grund werden wir als Junge Grüne Essen im November ein Konzept für ein erfolgreiches Jugendparlament vorlegen, welches den Bedürfnissen von Jugendpartizipation und der Struktur unserer Stadt entspricht.“

Pascal Hesse

Bürgerfunk im Abklingbecken Lokalradio nur noch als Profitquelle?

Seit Sommer 2007 sind sie da, die neuen Landesmediengesetze der schwarz-gelben NRW-Regierung. Wie befürchtet, haben sich dort voll und ganz die Positionen von FDP und Verlegerverbänden durchgesetzt. Trotz Unterschriftenlisten und Resolutionen von Ausländerbeiräten, von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften pro Bürgerfunk, trotz stundenlanger Expertenanhörungen im Landtag: CDU und FDP wichen keine Zeile von ihrer im Koalitionsvertrag festgelegten Linie ab. Selbstorganisierte Bürgerradiosendungen werden ab 1. Januar in NRW keine öffentlichkeitswirksame Rolle mehr spielen. Übrig bleibt eine Sendestunde ab 21.00 Uhr, die unter strenge formelle Auflagen gestellt wird. Nur mit ausdrücklichem Lokalbezug und dem Verbot fremdsprachiger Beiträge sind Bürgerfunksendungen noch zulässig. Für jede Radiosendung haben 3 Verantwortliche aus dem Sendebereich ihre Unterschrift leisten. Die Bürgerfunker müssen dazu Nachweise über den erfolgreichen Abschluss eines 36 Unterrichtsstunden umfassenden Kurses bei einer von der Landesanstalt für Medien – (LFM) lizenzierten Einrichtung erbringen.

Zusätzlich entfällt die bisherige sogenannte „Minutenförderung“ der LFM. Aus einem Etat von 2 Mio € hatte die LFM bisher Bürgerfunkgruppen und damit insbesondere gemeinnützige Bürgerradiowerkstätten in nachträglicher Förderung bereits ausgestrahlter Sendungen unterstützt.

Diese 2 Mio € sollen jetzt der ver-

besserten Medien-erziehung von SchülerInnen zugute kommen. Radio-arbeit mit Kulturinitiativen, Eine-Welt-Gruppen, Migranten, Umweltinitiativen oder Senioren ist zumindest zuschusstechnisch irrelevant geworden.

Von der LFM werden nur noch Gelder für Schulprojekte vergeben. Hier dürfen sich natürlich auch Bürgerradiowerkstätten als Kooperationspartner bewerben. Für solche Schulproduktionen kann es dann in Absprache mit der Lokalradioredaktion auch die Möglichkeit geben, an Wochenenden in der Zeit von 18.00 oder 19.00 Uhr einen Sendeplatz zu finden.

Spielball der Medienpolitik

Medienpolitisch war die Entsorgung des lästigen rot-grünen Überbleibels „flächendeckender lokaler Bürgerfunk“ der Landtags-FDP vor die Füße geworfen worden.

Allen voran hatte sich der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralph Witzel zum Ziel gesetzt, den Privatradios an Rhein und Ruhr künftig ungestört von „formatfeindlichen“ Sendeinhalten und Musikfarben maximale Gewinne zu ermöglichen.

Betriebsgesellschaften der Lokalradios, wie die „West-Funk“ der WAZ-Gruppe, die mehrheitlich die Lokalsender z.B. im Ruhrgebiet betreiben, erwirtschaften schwarze Zahlen. Bis heute fehlt deshalb die Begründung, wieso die Bürgerfunker Ursache für unzureichende Renditen aus Sendern wie „Radio-Essen“ sein sollten.

Für Essen zumindest belegen die vorhandenen Höreruntersuchungen nicht, dass zu Bürgerfunkzeiten die HörerInnen massenhaft

das Programm wechseln würden. Noch gibt es aber das Sendemonopol – pro Verbreitungsgebiet, also Landkreis oder Großstadt, vergibt die LfM immer nur eine Sendelizenz mit dem Erstzugriffsrecht des örtlichen Zeitungsverlegers. Den Bürgerfunk völlig abzuschaffen, hätte Risiken bedeutet, dass andere kommerzielle Lokalradiobetreiber dieses Sendemonopol gerichtlich anfechten könnten. Ein freier Markt würde entstehen, der z.B. die WAZ-Gruppe zwingen würde, mehr Kapital in die Ausstattung ihrer journalistisch knapp gehaltenen Lokalsender zu stecken. Sicherlich hätte sich dieser unfreundliche Akt gegenüber der WAZ-Gruppe und anderen NRW-Großverlegern schnell in schlechte Stimmung gegen die Landesregierung niedergeschlagen. So viel freien Markt wollen dann aber selbst CDU und FDP in NRW nicht haben.

Zerstören der Professionalität

Die Beerdigung des Bürgerfunks wird über viele Monate gestreckt. - mit Überführungszeiten bis zum Sommer 2008. Wenn ab 1. Januar 2008 davon nur 7 Stunden übrigbleiben, für die es auch keine Zuschüsse mehr gibt, trifft das deshalb vor allem freie Bürgerradiowerkstätten wie die Neue Essener Welle. Bisher wurden hier gut zwei Drittel der wöchentlichen Programme hergestellt. Mit einem Erfahrungsschatz von anderthalb Jahrzehnten Bürgerradiopraxis konnten dort 2 Hauptamtliche in einer Vollzeit- und einer Halbtagsstelle technische wie auch journalistische Betreuung von Bürgerradiogruppen leisten. Deren Kündigung ist nach dem neuen Landesmediengesetz

unvermeidlich.

Da die LFM für allgemeine Bürgerradioarbeit keine Zuschüsse mehr vergibt, werden die Finanzierungslücken für medienpädagogische Personalstellen höchstens von Großverbänden wie Stadtsporthund ESPO, den Falken oder dem Unternehmerverband zu füllen sein.

Einige Radiowerkstätten in anderen Städten stellen schon in diesem Jahr ihren Betrieb ein. In Münster haben die bisher recht rührigen katholischen Bürgerdiowerkstätten schon die Tore geschlossen.

Bürgerradio wird in NRW nur noch mit ehrenamtlicher Mitarbeit, bzw. mit Werkverträgen für bestimmte Projekte möglich sein. Die bisher erworbenen hohen Standards für Bürgerradioproduktionen werden ebenso fraglich, wie das Heranführen neuer Gruppen in die Radiotechnik.

Medienrendite maximieren

Natürlich geht es im neuen Landesmediengesetz nicht hauptsächlich darum, bisherige Bürgerfunk-Strukturen zu zerschlagen. Eigentlich lautet die Devise, je einheitlicher die Musikformate und je kürzer die Wortbeiträge, um so besser für den Gewinn. Ab dem 1. Januar 2008 wird der Lokalfunk auch in Essen wie überall

in NRW klingen – von 22.00 nachts bis 6.00 morgens das (Musik)Mantelprogramm von Radio NRW, lokale Sendestrecken von 6.00 bis 18.00 Uhr. Die dann folgenden drei Stunden „Drive Time“ als Ruhrgebietsfenster der Westfunk/WAZ-Radios sollen

sendungen noch macht. Nach dem erwartbaren HörerInnen-schwund kann der späte Sendepplatz zusammen mit den neuen formalistischen Hürden zur grundsätzlichen Funkstille für Bürgerradios in NRW führen. Natürlich wollen wir verhindern,



Bald verwaist- Leestand im Studio der NEW befürchtet?

Foto WW

schließlich neue Chancen der regionalen Hörfunk-Werbung wie auch des Versponserns bestimmter Sendungen nutzen. Die verbliebenen Bürgerfunkgruppen werden dagegen abwarten, wie viel Sinn künftig der ganze ehrenamtliche Aufwand für ihre Radio-

dass der Bürgerfunk auf so kalt-schnäuzige Art erledigt wird. – Totgesagte leben oft länger. In diesem Sinne – keine (Bürger-)Funkstille für NRW!

Walter Wandtke
Bürgerfunker & Bezirksvertreter

NPD kündigt Aufmarsch an

Für den 8. Dezember hat die NPD eine Protestaktion gegen den Moscheeneubau in Altendorf angekündigt. Die Rechten wollen Öl ins Feuer gießen und die Bemühungen um Integration im Stadtteil stören. GRÜNE gehen davon aus, dass im Stadtteil die ausländerfeindlichen Aktivitäten der NPD nicht stillschweigend hingenommen werden. GRÜNE erwarten, dass es wie beim Auftritt der NPD in Borbeck zu einer großen Gegenkundgebung kommt, sofern der Aufmarsch nicht verboten wird. GRÜNE werden sich selbstverständlich mit daran beteiligen. Für den 8.12. sind bereits zahlreiche Gegenkundgebungen angemeldet worden, die um zehn Uhr beginnen sollen.



Schwarz-Gelb in NRW blockiert weltoffenes Revier

Börje Wichert, der Sprecher des Bezirksverbands Ruhr von Bündnis 90/Die Grünen erklärt:

„Die Ablehnung des Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern in den Städten ist gerade im Ruhrgebiet für viele Menschen ein Schlag ins Gesicht. Bei uns gibt es Stadtteile, wo gerade durch die Initiative vieler Türiinnen und Türiken nicht nur ein lebendiger Einzelhandel aufrecht erhalten worden ist, der sonst längst zu Grunde gegangen wäre. Gerade hier im Revier ist es nicht damit getan, sich in Sonntagsreden zur Kulturhauptstadt 2010 und den internationalen Einflüssen der Kreativen zu bekennen.

Vielmehr ist es Zeit, in der alltäglichen Praxis den Weg in Richtung einer internationalen Metropole konsequent zu gehen und Blockaden aufzuheben. Dazu gehört auch, denen die demokratischen Rechte zu geben, die teilweise schon seit 30 Jahren vor Ort wohnen. Was im Nachbarland Niederlande kein Problem ist, sollte auch bei uns möglich sein: Kommunales Wahlrecht für MigrantInnen ohne deutschen Pass, egal ob diesseits oder jenseits der EU-Grenze.“

9. 11. Getrenntes Gedenken zur Reichspogromnacht

Die Absage der jüdischen Kultusgemeinde Essen, an der städtischen Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht vom 9. November 1938 teilzunehmen halte ich für ein falsches Signal.

Ein derartiger Gedenktag muss immer wieder aufs Neue auch dazu genutzt werden miteinander zu reden, Konsens darüber zu suchen, wie eine Welt mit weniger Mord und Totschlag, mit einem die Humanität sichernden Staat herzustellen ist.

icherlich muss gerade in Deutschland Antisemitismus mit aller Energie bekämpft werden, gleich ob er von deutschen Neo-Nazis ausgeübt wird, muslimischen oder christlichen Migranten oder möglicherweise auch von linker Seite.

Trotzdem muss es Gründe geben können, die im persönlichen Einzelfall den Verfall in antisemitische Klischees zumindest teilweise entschuldbar machen. In einer Kriegssituation wird oft genug auch verbal die Grenze des vernünft-



Gedenkfeier zum 9. 11. 2004 in der alten Synagoge. Foto Stadtbildstelle

tigen Nachdenkens überschritten. Die Frage dabei ist, ob denn z.B. einer Entschuldigung für die schriftliche Entgleisung die notwendige Ernsthaftigkeit zugetraut wird oder nicht.

Wir sollten zum anderen im Auge behalten, dass es bei der weiterhin geforderten Entlassung der libanesischen Mitarbeiterin der Stadtverwaltung um eine existenzsichernde Arbeitsstelle geht, nicht um ein politisches Amt.

Die libanesischen Mitarbeiterin der Stadtverwaltung erlebte im Sommer 2006 einen Angriff der israelischen Armee auf ihr Land, auf ihre Angehörigen, der in seinem Ausmaß an menschlicher und materieller Zerstörung weit über das hinaus ging, was in breiter Öffentlichkeit als Selbstverteidigungsrecht gegenüber den Raketenangriffen der Hisbollah auf Israel gewertet werden konnte. ...

Die Ansätze, im Libanon nach den Jahrzehnten des Bürgerkrieges endlich wieder eine wirtschaftliche wie kulturelle Blüte zu entwickeln, wurden vorerst kaputtgebombt.

Für dieses Faktum des unverhältnismäßigen Libanoneinsatzes, dass auch in der israelischen Öffentlichkeit umstritten bleibt, wählte die libanesischen Flugblattschreiberin den vielfach falschen Begriff eines Holocausts. Mit Sicherheit ging es der Israelischen Armee nicht darum, das libanesischen Volks auszurotten. Sicherlich hat auch die Schuldfrage an der Kreuzigung Christi überhaupt nichts in einer Auseinandersetzung über den wohl ebenso pragmatisch kühl, wie falsch kalkulierten Libanonfeldzug zu suchen.

Alles in allem geht es also um einen zornigen und emotionalen in wichtigen Teilen falschen Text - nicht um Volksverhetzung. Deshalb darf dieses Flugblatt nicht noch anderthalb Jahre später das Gewicht haben, in dieser Stadt gemeinsames Gedenken und ernsthafte Gespräche zwischen Deutschen, Israelis und Libanesen, zwischen Juden Christen und Muslimen zu verhindern. Mit der geforderten Entlassung einer kleinen städtischen Angestellten wird dem Kampf gegen Antisemitismus sicherlich nicht gedient.

Immerhin konnte im Gespräch zwischen Jüdischer Gemeinde ein vorläufiger Kompromiss gefunden werden: Die libanesischen Mitarbeiterin entschuldigt sich auch offiziell bei der Jüdischen Gemeinde und 2008 feiert man wieder gemeinsam.

Walter Wandtke

Kais Bericht aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

die **Zukunft des Sozialstaates** steht momentan im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. SPD und CDU streiten sich um die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Zu befürchten ist ein „Kompromiss“ auf Kosten von jungen Arbeitslosen. Anstatt nachhaltige Lösungen anzustreben wird hier ein vorgezogener Bundestagswahlkampf auf dem Niveau der Scheinlösungen des „Arbeiterführers“ Jürgen Rüttgers eingeläutet.

In unserer Partei wird die sozialpolitische Debatte besonders intensiv über die verschiedenen Modelle der **Grundsicherung** und des **Grundeinkommens** geführt. Auf der BDK in Nürnberg werden wir entscheiden, wie wir soziale Sicherheit künftig organisieren wollen. Zwei Arbeitsgruppen in Bundespartei und -fraktion haben hierzu wichtige Grundlagen geliefert. Klar ist, dass sowohl Grundsicherung als auch Grundeinkommen Visionen für einen Aufbruch in unserer Sozialpolitik beschreiben. Beide Konzepte erfordern einen ambitionierten Umbau unsere Sozialstaates und müssen genau debattiert werden. Die bedarfsorientierte Grundsicherung muss dabei die Frage beantworten, wie sie Bevormundung und Bürokratie zugunsten von mehr Selbstbestim-

mung abbaut. Beim bedingungslosen Grundeinkommen stellt sich die Frage, ob ein so tiefgreifender Systemwechsel tatsächlich erstrebenswert und umsetzbar ist. Dessen Grundannahme vom Ende der Arbeitsgesellschaft ist jedenfalls zweifelhaft: Viele Potentiale ließen sich entfalten, wenn reale Beschäftigungshürden abgebaut würden. Dafür haben wir in der Fraktion u.a. das Progressiv-Modell und ein Mindestlohn-Konzept entwickelt.

Unser grüner Begriff der sozialen Sicherung setzt sich aus zwei gleichrangigen Komponenten zusammen: **Existenzsicherung und Teilhabe**. In den Konzepten der Kommissionen von Partei und Fraktion ist daher auf der einen Seite eine Modernisierung der individuellen **monetären Transfers** enthalten, u.a. eine Erhöhung des ALG II-Regelsatzes auf 420 Euro. Auf der anderen Seite sind Teilhabegarantien einbezogen: Der Ausbau von sozialer und kultureller **Infrastruktur** ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und wirksamer Armutsbekämpfung. Der Zugang zu öffentlichen Gütern bestimmt darüber, ob man drin oder draußen ist. Bildungseinrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe helfen gerade armen Kindern aus dem Teufelskreis vererbter Armut auszubrechen. Die Chancen auf Teilhabe hängen hierzulande besonders stark von der sozialen Herkunft ab – obwohl die bisherigen Familienleistungen überdurchschnittlich hoch sind.

Daher müssen gerechte Bildungszugänge Priorität haben. Gleichzeitig braucht es eine Verbesserung des Kinderzuschlags und Schritte zu einer Kindergrundsicherung.

Die wichtigste Aufgabe grüner Sozialpolitik muss die **Parteinahme für die Schwächsten** der Gesellschaft sein, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer materiellen Lage, ihres Geschlechts oder eines Handicaps besonders benachteiligt sind. Es geht also vor allem um diejenigen, die keine oder wenig Handlungs- und Verhandlungsmacht haben und aus den herkömmlichen Lobbystrukturen herausfallen. Dieses Ziel ist am besten durch eine **intelligente Kombination** aus Maßnahmen gegen materielle Armut und für mehr Teilhabe durch Infrastruktur zu erreichen. Ein solcher moderner „Welfare-Mix“ muss ganz konkret dazu beitragen, dass Kinder sowohl ein qualitatives Ganztagsschulangebot als auch genügend Mittel für gute Ernährung und Bekleidung zur Verfügung stehen haben. Sozialleistungen dürfen jedoch auf keinen Fall „Stillhalteprämien“ sein. Gerade einem jugendlichen Schulabbrecher würde ein bedingungsloses Grundeinkommen wenig nutzen, da ihm schulische und berufliche Perspektiven gänzlich fehlen. Die Aussicht auf lebenslange Alimentierung allein wäre für ihn keine tragfähige Hilfestellung.

Auf der **BDK Nürnberg** dürfen wir uns nicht in theoretischen Diskussionen verlieren, sondern müssen mit konkreten und lebensnahen Lösungen Partei für Benachteiligte ergreifen. Wir brauchen ein Konzept, das eine Schrittabfolge und Prioritäten der Armutsbekämpfung beschreibt und aufzeigt, wie zentrale sozialstaatliche Aufgaben finanziert werden sollen. Nicht zuletzt brauchen wir den Willen, entsprechende Verteilungskonflikte zu bestehen.

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich. Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

| WANN | | WO | WAS |
|----------------|----|-------|---|
| 6.11. | Di | 10.00 | Uni-Essen/Du Stadttauben-Tagung- Probleme und Lösungsansätze, Tagungsbeitrag 30 Euro, Glaspavillion |
| 7.11. | Mi | 20.00 | Rüttenscheid GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum |
| 7.11. | Mi | 18.00 | Frohnhausen Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“, Lüneburger Str. 40 |
| 7.11. | Mi | 20.00 | Steele Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfalenstr. 298 |
| 9.11. | Do | | Düsseldorf Arbeitstreffen „GRÜNE Alte in NRW“, info über lehmann@gruene-nrw.de |
| 12.11. | Mo | 20.00 | Wasserturm Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michels-hof, Steubenstr. 61 |
| 13.11. | Di | 20.00 | Limbecker Str Verkehrs AK der GRÜNEN |
| 19.11. | Mo | 19.30 | Zeche Carl Stammtisch der GRÜNEN Nord |
| 21.11. | Mi | 19.00 | Forum Kunst und Architektur, Kopstadtplatz Essen in Zukunft- Veranstaltung der GRÜNEN zum Thema „Mobilität in Essen“ u. a. mit Helmut Kanand, (EVAG), Lothar Ebbers (Pro Bahn), Rolf Fliß (GRÜNE).. |
| 23.- 25.11. | | | Nürnberg BDK der GRÜNEN |
| 21.11. | Mi | 19.00 | VHS Appell für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit Prof. Mohsen Massarat, Essener Friedensforum |
| 28.11. | Mi | 19.00 | Rathaus Ratssitzung |
| 29.11. | Do | 20.00 | Werden Treffpunkt GRÜN in den Domstuben, Brückstraße |
| 29.11. | Do | 19.00 | Altenessen Treffen der BI „Stoppt A 52“ |
| 30.11. | Fr | 19.30 | Ruhrhalbinsel GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393 |
| 8.12. | Sa | | Internationaler Klima-Aktionstag –landesweite Demonstration gegen das im Bau befindlichen Braunkohlekraftwerk von RWE- der größten CO ₂ - Dreckschleuder in Neurath bei Grevenbroich www.globalclimatecampaign.org |
| 8.12. | Sa | 10.00 | Altendorf/Frohnhausen Kundgebung gegen Rechts, genaue Angaben im nächsten Newsletter oder in der Tagespresse wg. NPD-Aufmarsch |

Impressum Newsletter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Essen, Limbecker Str. 48-50, 45127 Essen
 Tel.:0201- 24764-33 , Kreisverband@gruene-essen.de
 Redaktion: J. Drell, H. Pless und alle Vorstandsmitglieder
 Gestaltung: F. Yaldizli